

Riesfaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Druckerschrift
Tageblatt Riesfa,
Herausf. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Strohfasse:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 92.

Mittwoch, 20. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraudender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, Zahlungs- und Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Wetzelsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesfa.

Die Wahlen in Frankreich.

Die Wahlen in Frankreich müßten folgerichtig früher als die Wahlen in Deutschland liegen. Sie wurden aber verschoben unter Gesichtspunkten, die den eigentlichen Sinn der Vertagung nicht erkennen lassen. Tatsächlich wollte die französische Regierung erst die Wahlen namentlich in Preußen vorübergehen lassen. Sie rechnete damit, daß sie einen starken nationalsozialistischen Zuwachs brächten, die Verhältnisse in Deutschland demnach unklar würden und sich aus der angeblichen Bedrohung durch die neue preussische und deutsche Politik ein Wahlerfolg der französischen Regierung meikern lasse. Die französische Regierung versteht es anders als die Reichsregierung und die deutschen Landesregierungen, Wahlen zu beeinflussen. Wäre sie nicht von jeder Großzügigkeit in dieser Hinsicht, dann läßt sie vielleicht anders aus. Auch jetzt kann man nicht damit rechnen, daß die französische Wahl große Veränderungen bringt.

Der Wahlkampf läßt deutlich erkennen, daß die Regierung bemüht ist, die französischen Wähler für die bisherige Politik zu gewinnen. Das ist in Frankreich durchaus leicht. Denn die große Masse des französischen Volkes ist sich in keiner Weise klar, welche großen internationalen Beziehungen im Gange sind und wie die französische Regierung seit Jahren allen Verhandlungsversuchen entgegentritt. Die französische Presse ist diszipliniert, in der Mehrheit regierungstreue. Der Franzose liest aber keine fremden Zeitungen. Er holt seine Weisheit aus dem kleinen Organ seiner Stadt und weiß schließlich noch, eine Pariser Zeitung zu lesen. So kann man bei einem Besuch auf das französische Land die sonderbarsten Feststellungen machen. Der französische Wähler hat sich einreden lassen, daß die Politik der französischen Regierung alle Schwierigkeiten der Weltwirtschaft beseitigen kann. Er glaubt daran, daß Deutschland die Reparationen zahlen kann und nicht will, daß Frankreich auf sie nicht verzichten darf, weil es selbst in die größten Schwierigkeiten kommen müßte. Er hat sich sagen lassen, daß Frankreich stark gerüstet sein muß, weil es bedroht sei.

Darüber hinaus interessieren ihn nur innerfranzösische Dinge. Und auch sie sieht er nur durch die Brille der Regierungsvorgänge. Die Regierungsvorgänge muß also schon eine umfangreiche Aufklärungsarbeit leisten, wenn sie die Wähler gegen die Regierung gewinnen will. Doch auch sie wird nicht mehr mit jener Deutlichkeit gegen die Regierung operieren, daß die Wähler die falsche Methode der Regierung erkennen. Und zwar deshalb, weil auch die Opposition in vielen Fällen alles tut, um die Vormachtstellung Frankreichs zu sichern. Dazu gehört, daß Frankreich nur Schrittweise in allen internationalen politischen Kämpfen zurückweicht und jeden Fußbreit verteidigt. Wir haben erlebt, daß Sozialistenführer in schärfster Stellung gegen deutsche Forderungen auftraten. Es schien uns unverständlich. Aber so verhältlich z. B. Derrion aus sein mag, er bedt dennoch das Scheingebäude Tardieu's ebenso, wie er außenpolitisch nicht gerade auffällig von der Seite Cavals wich. Selbst in der Regierung hat er die französischen Bedingungen mit einer Schärfe vertreten, wie sie Cavals und Tardieu nicht besser verstanden. Im Prinzip mögen die Meinungen anders sein, in der Abwehr der deutschen Forderungen gleichen alle französischen Parteien in einer Balance. Und da die Wähler die feinen Nuancen nicht verstehen, so halten sie die Regierung außenpolitisch durchaus befähigt und auf dem richtigen Wege.

Wenn in Frankreich eine Wahl einen Umschwung brachte, so kam er zumeist immer durch innerpolitische Vorgänge, die schärfer herausgearbeitet werden und bei denen die Parteien offener sprechen. Das will sagen, Frankreich ist in der Außenpolitik außerordentlich diszipliniert. Und wenn der Weg falsch ist, einer desavouiert den anderen nicht. Die Presse folgt aufs Wort. Und wenn die Kammer gewählt ist, wenn sie die Regierung bestätigt hat, spielt jede Regierung immer mit der großen Verantwortung vor den Wählern. Die Wähler werden gegen die Abgeordneten ausgespielt, wenn sie nicht so wollen, wie die Regierung. Noch hat jede französische Regierung diese Methode der Selbstverteidigung angewandt und die Wähler gewissermaßen hols gemacht.

Würde das französische Volk tatsächlichen Einblick in die wahren außenpolitischen Vorgänge haben, würde es von sich aus die deutsche Politik und die deutsche Entwicklung beurteilen können. So läßt die Kammer demnach nicht überblicken anders aus. Heute glaubt der französische Wähler, die Regierung verfechte mit gutem Recht die Lösung vor den Beträgen. Man glaubt, die Beträge sollen zerrissen werden, weil ja nicht, daß mit der Bereinigung der Beträge vieles in der Welt besser werden könnte und macht sich keine Gedanken darüber, daß Beträge nicht zerrissen zu werden brauchen, sondern abzuändern sind und so immer noch die Lösung vor den Beträgen gewahrt wird. Wie gelangt, glaubt das französische Volk, Frankreich müsse mit dem Säbel rasseln und gerüstet sein, denn in den letzten Winkel läuft die Mär von den vielen illegalen deutschen Truppen, von den versteckten Geschützen, der in einem Tage ins Leben zu wachenden Rüstungsindustrie. Sicherlich, das ist ein Schlagwort, das dahin geführt hat, daß der französische Wähler allen Ernstes glaubt, noch sei er zu Hause nicht ganz sicher. So wenig hat man ja auf dem Lande von dem Verhandlungswillen Briand's und seinen großen Paneuropaplänen gehört. In seinem eigenen Lande ist der Mann verkannt worden, und selbst in der Regierung hat der Regierungsapparat gegen ihn gespielt. Wir haben also keinen Grund, auf eine andere Kammer und eine andere französische Regierung zu hoffen, wir dürfen nicht an das Diktat der französischen Wähler glauben, sie wollten nun endlich,

Der englische Staatshaushalt vor dem Unterhaus.

Chamberlains große Haushaltsrede. — Tribute und Schulden nicht eingelebt. Neue Zölle angetündigt. — Ueberschuß von 760 000 Pfund.

* London. Vor dichtbesetztem Unterhaus erhob sich der Schatzkanzler Neville Chamberlain um 15,30 Uhr zu seiner Haushaltsrede. Der Prinz von Wales und viele Mitglieder des diplomatischen Korps hörten ihm von der Galerie aus zu.

Der Schatzkanzler unterstrich einmüßig die großen Einsparungen, die seit dem letzten November gemacht worden seien, wo der Verschleiß 74 Millionen Pfund betragen habe. Heute sei er in der Lage, einen kleinen Ueberschuß von 864 000 Pfund anzuweisen. Tatsächlich aber sei die Lage um 9 Millionen Pfund besser als erwartet. U. a. seien infolge des Rückganges der Arbeitslosigkeit 22 Millionen Pfund 24 1/2 Millionen Pfund eingespart worden. Die Einnahmemaßnahmen und Inlandsabgaben seien dank der neuen Zollpolitik um 3 Millionen Pfund höher als im November veranschlagt und die Biersteuer hätte mit 1 1/2 Millionen Pfund nicht ganz den Voranschlag von 4 1/2 Millionen erreicht. Die Einnahmen aus der Alkoholfsteuer hätten sich weiter verringert und seien um eine Million Pfund hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Erbschaftsteuer sei um 18 Millionen Pfund geringer veranschlagt, die Stempelsteuer habe einen Fehlbetrag von 3 Millionen Pfund zu verzeichnen. Dagegen habe aber die Einkommensteuer 15 Millionen Pfund und die Steuer aus hohen Einkommen 4 Millionen Pfund mehr als erwartet gebracht. Der englische Steuerzahler habe seine Aufgabe in hervorragender Weise erfüllt und habe mit Patriotismus die Aufforderung der Regierung beantwortet, die Steuer schon früher als in den Vorjahren zu zahlen.

Uebergend auf die Konvertierungsmaßnahmen sprach Schatzkanzler Chamberlain seine Befriedigung aus, daß bisher 65 Millionen Pfund Sparzertifikate umgewandelt worden seien. Allgemein geistreich habe er die Hoffnung, daß das Schlimmste für England vorüber sei. Der Voranschlag für die Ausgaben des kommenden Jahres stelle sich auf 768 Millionen Pfund, einschließlich des Amortisationsfonds für die inneren Schulden. Chamberlain wandte sich dann der Zollpolitik zu, die durch die Ereignisse gerechtfertigt sei. In der Annahme, daß die Antidumpingzölle, die an sich am 19. Mai ablaufen, auf ihrer gegenwärtigen Höhe verbleiben, würden sie 250 000 Pfund und die Dumping-Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse 750 000 Pfund bringen. Die Einnahmen aus dem zehnprozentigen Zolltarif seien mit 27 Millionen Pfund veranschlagt. Er hoffe, noch vor Ablauf der Woche weitere Antidumping-Zölle bekanntgeben zu können, die 5 Millionen Pfund einbringen würden. Dennoch rechne er mit einem Fehlbetrag von 1,7 Millionen Pfund, da die Ausgaben 768 Millionen Pfund, die ordentlichen Einnahmen aber nur 764,3 Millionen Pfund betragen würden.

Durch die Macht der Ereignisse sei er zu dem Entschluß gezwungen worden, zwecks Vermeidung von gefährlichen Währungschwankungen eine entsprechende Reserve an Gold und ausländischen Devisen bereitzustellen, um plötzlichen Kapitalabzügen begegnen zu können. Er erlaube daher das Unterhaus um Genehmigung zu einer Anleihe von 150 Millionen Pfund, die in ein Währungsausgleichskonto getan werden soll. Wenn diese Befugnisse der Regierung übertragen würden, so wüßte er zwar noch keine endgültige Versicherung geben, daß dann die Währungsschwankungen endlich beendet sein würden, aber die Regierung würde besser als bisher in der Lage sein, die Währung fest zu halten. Der Schatzkanzler teilte dann mit, daß er keine Er-

leichterungen in der Einkommensteuer für dieses Jahr geben könne.

Chamberlain kündigte dann ein Verfahren zur Eintreibung der Einkommensteuer in der Weise an, daß die Arbeitgeber die fälligen Steuern ihrer Arbeitnehmer unmittelbar an den Schatzkanzler abführen. Zur Ueberraschung des Unterhauses teilte der Schatzkanzler mit, daß er nicht in der Lage sei, die Biersteuer herabzusetzen, obwohl er der Ueberzeugung sei, daß das Bier übersteuert sei. Vom Januar ab würde die Steuer auf Motorfahräder je nach Hubzylinderinhalt herabgesetzt werden. Die Zuschüsse für heimischen Nahrungsmittel in Höhe von 12 Schilling je Zentner bleiben bestehen. Durch die neuen Maßnahmen habe sich der Fehlbetrag, der an sich zu erwarten gewesen wäre, um einen Ueberschuß von 760 000 Pfund vermindert.

Abschließend sagte der Schatzkanzler, daß, wenn England sich noch etwas länger Einschränkungen auferlege, es letzten Endes eine größere und sichere Belohnung dafür erhalten werde. Glatte Arbeit, eiserne Sparsamkeit, fester Mut und unerlöschliche Geduld seien die Eigenschaften, die England heute zeigen müsse.

In einem besonderen Abschnitt seiner Rede befaßte sich Schatzkanzler Chamberlain mit den Reparations- und Schuldensatzungen. Er habe in seinem Haushalt nichts für einkommende Reparationen und Schuldensatzungen und auch nichts für die von England an Amerika zu leistenden Zahlungen eingelebt. Er habe es für angebracht gehalten, diese beiden Seiten des Schuldenkontos, die sich selbst ausgleichen sollen, bis auf weiteres anzuhängen. (Beifall.) Die künftige Lage werde von den Ergebnissen der Lausanne-Konferenz abhängen. Die allgemeine Politik der englischen Regierung sei am 2. Februar im Unterhaus eingehend von ihm dargelegt worden. Die damaligen Ansichten und Auffassungen seien auch heute noch das Ziel, auf das die englische Regierung hinstrbe. Gleichzeitig habe er aus dem Haushalt auch die Einnahmen aus dem Schuldendienst der Dominions herausgelassen, obwohl deren Schulden auf einer anderen Grundlage als die internationalen Schulden und Reparationen händen, so seien sie doch in gewisser Hinsicht mit ihnen verbunden. Deshalb habe er es auch in diesem Falle für angebracht gehalten, von ihrer Einsetzung in den Haushalt Abstand zu nehmen. Nach den Verhandlungen der Lausanne-Konferenz werde er dem Parlament die Maßnahmen vorschlagen, die sich dann notwendig erweisen würden, um Vorschläge, auf die man sich geeinigt habe, in die Tat umzusetzen. Alles in allem aber bedeute die Art, wie er die Regierungsschuld im Staatshaushalt behandelt habe, einen Verlust von 10 Millionen Pfund. Chamberlain sprach 1 1/2 Stunde.

Auffehen in Washington über den englischen Haushalt.

* Washington. Die Nachricht über die Nicht-einlegung der amerikanischen Schulden in den englischen Staatshaushalt hat bei der Washingtoner Regierung großes Aufsehen erregt. Der Republikanische Senator Reed, der als der Sprecher des Schatzamtes gilt, erklärte im Senat, daß weder die amerikanische Regierung noch maheliche Beamte England zu der Annahme Veranlassung geben hätten, daß das Schuldammortorium verlängert werde. Reed ist überzeugt, daß England die Schuldensatzungen im gegebenen Augenblick leisten wird.

und Italiens zahlen für Rüstungen. Solange für Arme und Marine Millionen summen ausgegeben werden, kann eine Herabsetzung der Kriegsschulden unmöglich die Rückkehr zur Prosperität bringen.

Weiter erklärt Voraß, Amerika denke gar nicht an eine Schuldentreibung, solange Europa die Reparationsfrage nicht gelöst habe, die den Schlüssel zur Lage Europas bilde. Auch Verhandlungen über weitere Anleihen seien vor der Lösung der Reparationsfrage völlig aussichtslos.

Brüning bleibt voraussichtlich in Genf.

Berlin. Reichskanzler Brüning wird, entgegen der ursprünglichen Absicht, voraussichtlich am Sonnabend nicht nach Berlin zurückkehren, sondern auch in der nächsten Woche noch in Genf bleiben. Seiner Wahlpflicht wird der Reichskanzler am Sonntag wahrscheinlich in der hohenzollernschen Enklave Aßberg am Bodensee genügen.

Landtagsitzung erst am 26. April.

Der von den Nationalsozialisten aus Anlaß des Verfalls der SS und SA eingebrachte Antrag auf sofortige Einberufung des Sächsischen Landtages ist vom Landtagsvorstand abgelehnt worden; es bleibt also bei dem Wiederzulammentritt des Landtags am 26. April.

Deutschland zahlt für alle.

Eine Erklärung Voraß über die Schuldenfrage.

Washington. Senator Voraß gab am Dienstag, veranlaßt durch die Smith-Rede vom 14. April, eine Erklärung zur Kriegsschuldenfrage ab und betonte, daß die europäischen Nationen sehr wohl in der Lage seien, ihre Schulden zu zahlen. Eine teilweise Streichung der Schulden auf der von Smith vorgeschlagenen Grundlage bedeuete einen Verlust für den amerikanischen Steuerzahler. „Rein Dollar Schuldensatzung“, hob Voraß mit Nachdruck hervor, „kommt vom amerikanischen Steuerzahler. Deutschland zahlt für alle. Die Steuerzahler Englands, Frankreichs